



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

SPD/III/157

29. Dezember 1948

Sozialdemokratie gegen das neue Ruhrstatut

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erklärt:

Das Ruhrstatut übertrifft die schlimmsten Befürchtungen, obwohl die vorbereitende Stimmungsmache in der Welt schon einiges erwarten ließ. Ein zentrales europäisches Problem, von dem die wirtschaftliche und politische Gesundung Westeuropas weitgehend abhängt, ist unter dem Gesichtspunkt taktischer Ausgleichsverhandlungen zwischen den Siegermächten geregelt worden.

Die Sozialdemokratie sieht diese Regelung nur als provisorisch an. Das Statut wird im deutschen Volk eine große Vertrauenskrise für die Demokratie und die westlichen Siegermächte auslösen. Die französischen Argumente und Wünsche waren den angelsächsischen Mächten schon zu einer Zeit bekannt, als sie ganz anders lautende Erklärungen abgaben und das Gesetz Nr. 75 verknüpfeten.

Die Einigung ist jetzt lediglich auf Kosten des deutschen Volkes erfolgt. Durch die vorliegende Regelung wird keine gedeihliche internationale Zusammenarbeit geschaffen. Diese Internationalisierung ist einseitig, sie bevorzugen verschiedene Subjekte und benachteiligt das Objekt Deutschland. Die notwendige und vernünftige Idee der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit wird dadurch in Deutschland künstlich unpopulär gemacht. Bei den nutznießenden Nationen aber muß der Eindruck entstehen, als ob der eigene Wirtschaftsnationalismus eine befriedigende Antwort auf die Frage der westeuropäischen Kooperation sei. Das große zusammenhängende Industriezentrum von Deutschland, Frankreich und den Benelux-Staaten wird hier nicht zur Zusammenarbeit, sondern zur Ausbeutung des einen Teiles durch den anderen verwandelt. Diese Politik ist mit den Zielen des Marshallplans nicht vereinbar.

Die deutsche Sozialdemokratie stand und steht auf dem Standpunkt, daß die außerordentlichen ökonomischen Kräfte des Ruhrgebietes über den Rahmen Deutschlands hinaus für den europäischen Aufbau nutzbar gemacht werden sollten. Sie hat das seit ihrer Neuerstehung als Partei dem In- und Ausland gesagt. Die jetzige Regelung ist ein Hindernis auf diesem Wege.

Die Vorstellungswelt von 1945 darf in der Welt von 1948 keinen Platz mehr haben, sie droht nur Unheil anzurichten. Die Ungeklärtheit und Dehnbarkeit der Kompetenzen, bei denen keine Vermutung zugunsten der Deutschen sprechen soll, gefährden den

Aufbau Westdeutschlands. Die neue Ruhrbehörde, die praktisch die Möglichkeit hat, jeder Kontrolle und jeder Koordinationsbestimmung zu entgehen, kann in die Mehrzahl der deutschen staatlichen Funktionen eingreifen, sie lahmlegen und sie ändern. Die internationale Behörde tritt den arbeitenden Massen des Ruhrgebiets, auf deren Arbeit jede Regelung gegründet ist, in einer wenig erfreulichen Gestalt gegenüber. Die den Deutschen verbindlich versprochene Selbstbestimmung über die Formen der Wirtschaft und der Politik ist durch die Kompetenzverteilung im Statut ernsthaft bedroht. Die einem neuen deutschen Staatswesen ausdrücklich zugesicherte Regelung der Eigentumsverhältnisse wird nicht mehr erwähnt. Eine demokratische Regierung kann auf diesem Wege nicht geschaffen werden.

Die Sozialdemokratische Partei hat seit 1945 eine internationale Kontrolle der Verteilung und Verwendung der Produktion vorgeschlagen. Sie hat dabei die gleichberechtigte deutsche Mitbestimmung ausdrücklich als notwendig zum Funktionieren dieser Neuordnung verlangt. Die jetzige interimistische Regelung gibt nicht einmal eine Aussicht darauf.

Die Sozialdemokratische Partei erklärt sich mit diesem Dokument nicht einverstanden. Sie wird für seine Abänderung und die Durchsetzung der Sozialisierung kämpfen. Das liegt nicht nur in deutschen, sondern auch im europäischen Interesse.

Telegrammwechsel Dr. Adenauer - Parteivorstand der SPD

Dr. Konrad Adenauer, der Zonenvorsitzende der CDU, richtete an den 1. Vorsitzenden der SPD, Dr. Kurt Schumacher, folgendes Telegramm:

Voraussichtlich wird neues Ruhrabkommen für Deutschland von entscheidender Bedeutung sein. Da meines Erachtens in für das deutsche Volk so lebenswichtigen Fragen die beiden großen Parteien die gleiche Haltung einnehmen müssen, bitte ich Sie, unverzüglich Vertreter nach Bonn zu entsenden, um in gemeinsamer Besprechung gemeinsame Stellungnahme festzulegen.

Auf dieses Telegramm antwortete der Vorstand der SPD:

Sozialdemokratische Partei hätte gemeinsamen Standpunkt der deutschen Parteien zum Ruhrstatut gewünscht. Da die CDU vor ihrer Einladung an uns durch eine eigene Parteierklärung schon wieder einmal einen gemeinsamen Standpunkt unmöglich gemacht hat, erübrigt sich die vorgeschlagene Zusammenkunft.
Gez. Heine

Mißdeutetes Freiheitsbekenntnis

Der Berliner Vertreter des Parteivorstandes der SPD, Willy Brandt, hat an den Herausgeber des "New Statesman and Nation", London einen Brief gerichtet, in dem es u.a. heißt:

Selten haben so wenige Zeilen soviel Unrichtiges enthalten und einen solchen Grad von Unklarheit zum Ausdruck gebracht, wie es in der Notiz der Fall war, die am 11. Dezember in "New Statesman" über die Berliner Wahlen veröffentlicht wurde. Vom Verfasser dieser Notiz wurde vor allem die Behauptung aufgestellt, die Wahlen seien zweifellos eine Entscheidung gegen die Russen gewesen, bedeuteten aber keine Stärkung der demokratischen Grundsätze.

Das zentrale Thema des Berliner Wahlkampfes handelte von der historischen Alternative: Freiheit oder Knechtschaft. Es mag schwierig sein, festzustellen, ob beim einzelnen Wähler der Protest gegen die Konzentrationslager stärker war als das positive Bekenntnis zur Demokratie. Wer die Berliner Entwicklung täglich miterlebt, weiß jedoch, daß hier das Ringen um die grundlegenden menschlichen Rechte und Freiheiten, um Rechtssicherheit und Selbstverwaltung für viele Tausende unserer Mitbürger zum eigentlichen Lebensinhalt geworden ist. Wer früher nach dem "anderen Deutschland" gefragt hat, sollte mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen, daß es heute in Berlin sichtbar wird.

Man sollte keine saure Miene machen, wenn die Bevölkerung einer politisch bewußten Stadt ihren Willen dahingehend zum Ausdruck bringt, daß sie nach Unabhängigkeit für ihre Stadt und ihr Volk strebt. Es läßt sich leicht behaupten, daß die Reden von Sozialdemokraten von einem heftigeren Nationalismus durchdrungen gewesen seien als die anderer Parteiführer - vor allem, wenn nicht einmal der Versuch unternommen wird, Ausdrücke zu definieren oder Quellen anzugeben. Ich habe selbst während dieses Wahlkampfes gesprochen und Gelegenheit gehabt, die Ausführungen mancher meiner Parteifreunde zu verfolgen. Es hat kaum eine sozialdemokratische Wahlrede gegeben, in der nicht vor der Gefahr eines neuen, destruktiven Nationalismus und vor Stimmungen des Hasses und der Rache gewarnt wurde.

Diese erläuternden Bemerkungen sollten nicht so aufgefaßt werden, als ob sich die Sozialdemokratie über jegliche Kritik erheben fühle. Sie darf jedoch unbestreitbaren Anspruch darauf erheben, vom Tage ihrer Neubegründung an für eine Politik der internationalen Verständigung und europäischen Zusammenarbeit eingetreten zu sein und den Kampf gegen neue nationalistische Tendenzen aufgenommen zu haben. Das bedeutet nicht, daß die deutsche Sozialdemokratie bereit wäre, die Interessen ihres eigenen Volkes preiszugeben oder sich vor den Karren fremder Nationalismen spannen zu lassen.

Daß sich die kommunistische Presse mit Vergnügen auf die Äußerungen einer einigermaßen angesehenen englischen Zeitschrift über die angeblich "chauvinistischen" Sozialdemokraten stürzt, braucht weder zu verwundern, noch aufzuregen. Die Leser des "New Statesman" sollten jedoch Gelegenheit erhalten, eine Darlegung des wirklichen Standes der Dinge kennenzulernen.

Wie lebt der Arbeiter in der Ostzone?

Von einem aus der Ostzone Zugewanderten

Lebt der Arbeiter in der Ostzone besser, oder lebt er schlechter als der Arbeiter in der Westzone? - Ich bin vor einigen Wochen aus der Ostzone herübergekommen. Zunächst glaubte ich, in ein Wunderland versetzt zu sein. Dann prüfte ich die Verhältnisse kritisch. "Verdammt teuer alles", war das Ergebnis, "das kann doch ein Arbeiter von seinem Wochenlohn gar nicht bezahlen". Und ich verglich: Ostzone und Westzone.

Drüben verdient der Arbeiter etwa die gleichen Stunden- und Wochenlöhne wie hier, in Ostgeld, versteht sich. Die Preise für rationierte Lebensmittel und Mieten sind (bis auf einige kleine Ausnahmen) etwa die gleichen wie hier. Auf dem Papier müßte die Rechnung also ungefähr aufgehen.

Die Praxis sieht anders aus. Brot ist im Westen teurer. Dafür ist es gut. Drüben gibt es "Kastenbrot". Die Bäcker sind verpflichtet, aus 1000-Mehleinheiten 1500-Bröteinheiten herauszuholen. Das angelieferte Mehl ist mit Hafermehl, Gerstenmehl oder anderen Streckmitteln vermischt und mit hohem Wasserzusatz. Dadurch aber wird der Teig dünn und flüssig. Darum sind "freigeschobene" Brote verboten und nur "Kastenbrote" erlaubt.

Kartoffeln werden etwa 3 1/2 Zentner pro Person zugeteilt. Die Menge reicht in keinem Arbeiterhaushalt für ein Jahr aus, weil Kartoffeln das Hauptnahrungsmittel bilden müssen - mangels Fleisch, Fett, Gemüse, Obst, Quark, Milch, Fisch. Wer durchkommen will, muß sich Kartoffeln "zusätzlich besorgen", der Preis liegt zwischen 30.-- und 60.-- Ostmark.

Gemüse ist drüben billiger als hier im Westen. Aber es wird nur in kleinen Mengen auf Marken zugeteilt. Rotkohl, Rosenkohl, Sellerie sind Seltenheiten, die man kaum sieht. Obst gibt es ebenfalls nur auf Zuteilung, meist nur für Kinder, werdende Mütter und ähnliche Sonderklassen. Fisch wird statt Fleisch verteilt. Heringe z.B. im Verhältnis 1 : 1 auf Fleischmarken.

Fleisch ist so rar wie hier. Aber hier bekommt man auf eine Fleischmarke wenigstens gute Ware. In der Ostzone wird nur minderwertigste Qualität ausgeliefert. Die Fleischer sind verpflichtet, vor dem Fleischverkauf jedes Gramm Fett aus dem Fleisch herauszulösen. Dieses "Schlachtfett" wird dann auf die Fettmarken statt Butter oder Margarine ausgegeben. Wurst wird im allgemeinen im Verhältnis 70 : 100 auf die Fleischmar-

ken verrechnet, Fett ist äußerst knapp. Meist werden in nur einer der drei Dekaden, die der Monat hat, Butter, Margarine oder das erwähnte "Schlachtfett" zugeteilt, in den anderen beiden Dekaden wird im Austausch statt Fett Zucker oder Zuckersirup geliefert. Milch gibt es nur für Säuglinge, Kleinkinder und werdende oder stillende Mütter. Selbst Magermilch oder Molken ist für den normalen Sterblichen nicht vorhanden.

Die Kohlenzuteilungen sind je nach der Lage des Ortes sehr unterschiedlich. Briketts sind sehr selten. Im allgemeinen feuert man mit Rohbraunkohle. Die Menschen versuchen, sich aus der Rohbraunkohle selbst "Presslinge" anzufertigen, indem sie die Rohbraunkohle in Wasser aufweichen, den Kohlenbrei in Formen füllen und dann trocknen lassen.

So soll der Arbeiter in der Ostzone auf seine Zuteilungen leben. Jeder weiß, daß er damit nicht auskommen und sich arbeitsfähig erhalten kann. Jeder muß deshalb versuchen, sich irgendwie zusätzlich etwas zu beschaffen. "Zusätzlich" kostet, aber drüben ein Pfund Butter 120 bis 150 Mark, ein Pfund Zucker 30 bis 50 Mark, ein Liter Öl 120 bis 150 Mark, ein Hering 6 bis 10 Mark. Gerade diese Zahlen aber (- und man muß mit ihnen rechnen, man mag sich drehen und wenden wie man will -) zeigen so recht, wie es mit der Kaufkraft des Arbeitslohnes in der Ostzone in Wirklichkeit bestellt ist.

Freilich erhalten nach dem SMA-Befehl 234 eine Reihe von Betrieben zusätzliche Mahlzeiten. In den Kantinen der sowjet-eigenen Aktiengesellschaften gibt es z.T. recht gutes Essen. Aber im allgemeinen urteilt man über die Durchführung des Befehls 234 nicht gerade günstig, sonst hätten gerade Arbeiter niemals das Wort vom "Sekolowski-Fraß" geprägt.

Eine zusätzliche Erschwerung stellen die Arbeitsbedingungen dar. Leistungswettbewerb, Steigerung des Salls, Stachanow-System. Wir riefen früher: "Akkord ist Mord!" Das ist vollkommen vergessen. Dafür gibt es Auszeichnungen als Hennecke-Aktivist, als Held der Arbeit, es gibt Orden und Prämien. Und ein Spitzelsystem, wie es sich kein Mensch vorstellen kann, der es nicht miterlebt. Ein Streikrecht gibt es natürlich nicht.

Wer meint, daß es drüben besser wäre, der gehe nur ein halbes Jahr in das gesegnete "Paradies der Werktätigen". Das wird ihn von dieser Illusion heilen.

Schwierigkeiten für Italiendeutsche

E. A. X. Verona

Angesichts der großen Zahl illegaler Einwanderer nach Italien greift die Regierung immer stärker durch: Gefängnisse und Lager füllen sich mit Menschen ohne gültige Heimatpapiere. Deutsche, die ihren ständigen Wohnsitz in Italien haben, gehören zu denen, die in zunehmendem Maße unter ihrer vermeintlichen Illegalität leiden müssen. Deutsche Auslandsvertretungen gibt es nicht; alliierte und italienische Dienststellen erklären sich für unzuständig. Das Beispiel einer Deutschen Interessenvertretung in der Schweiz hat keine Nachahmung in Italien gefunden. Der normale Italiendeutsche ist den Polizeibehörden seines Gastlandes auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Es befinden sich Hunderte von deutschen Männern, Frauen und Kindern unter denkbar schlechten Bedingungen in Internierungslagern um Rom und auf den Liparischen Inseln. Ihnen ist das Geld ausgegangen, die frühere Existenzmöglichkeit verloren oder die Aufenthaltserlaubnis nicht verlängert worden. Immer ist der Mangel an vollgültigen Ausweispapieren hinreichender Grund für die Freiheitsberaubung. Diese dauert so lange, bis die alliierten Behörden in Deutschland einer Repatriierung zustimmen. Der letzte Transport fand im vergangenen Frühjahr statt.

In besonderen Härtefällen wie Tod oder schwerer Krankheit Anverwandter, ist dem Italiendeutschen der Besuch im Heimatland völlig unmöglich gemacht - es sei denn, er verzichtet schriftlich auf seine deutsche Staatsangehörigkeit und erwirbt den Paß der Staatenlosen, den Nansenpaß. Wozu die bestehenden Verhältnisse führen können, mag ein Fall darlegen. Unser Italiendeutscher erhielt von dem zuständigen Büro der britischen Militärregierung in Deutschland die Genehmigung eines vierwöchentlichen Besuchs. Das alliierte Permit-Büro in Rom lehnte die Erteilung des Visums ab, da kein gültiger Paß vorgelegt werden konnte: alter deutscher Reisepaß, Rotkreuzpaß, Spezialdokumente der IRO (International Refugee Organisation) und italienischer Polizeibehörden fanden keine Anerkennung. Da die Repatriierung viele Monate dauert und der Italiendeutsche seinen Wohnsitz nicht aufgeben wollte, sowie auf seine Staatsangehörigkeit nicht verzichten mochte, ging er auf den schwarzen Markt. Er ließ sich das alliierte westdeutsche Einreisevisum auf ein Spezialdokument der italienischen Polizei drücken und bezahlte etwa 100 US-Dollar. Ob das Visum falsch oder echt war, konnte er nicht beurteilen; die bayerischen Grenzbehörden ließen ihn jedenfalls ungehindert einreisen. Die Frage, ob sich unser Italiendeutscher legal oder illegal in seiner Heimat befindet, mag zu juristischen Spitzfindigkeiten führen; das sie sich aufdrängt, zeigt die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Zustände.

Nicht minder schwerwiegend ist die Frage des deutschen Eigentums in Italien. Zahlreiche deutsche Firmen und Beteiligungen wurden in der letzten Zeit zum öffentlichen Verkauf ausge-

schrieben. Laut Friedensvertrag und späterer Sonderrreglung fällt alles Eigentum von Deutschen, die sich nicht in Italien befinden, der Alliierten zu. Es sind neuerdings Fälle bekannt geworden, in deren Behandlung die Tendenz erkennbar wird, deutschen Besitz einfach in italienische Hände zu überführen. Zumindest eine klare Rechnungslegung deutscher Reparationszahlungen erscheint dadurch gefährdet. Wenn eine Mitwirkung von Deutschen bei Regelung dieser Probleme gegenwärtig auch unmöglich erscheint, so würde eine Lösung der Frage des Italiendeutschtums schon aus humanitären Gründen im Interesse beider Länder liegen. Es ist bekannt, daß weit über hunderttausend Italiener in Deutschland leben - es wäre zu wünschen, daß Deutschen in Italien normale, in Westeuropa übliche Rechte und Pflichten des Daseins wie jenen zuerkannt werden.

Ernst Nobs, Präsident der Eidgenossenschaft 1949

O.Z. Zürich, im Dezember

Das kommende Jahr wird eine ganze Reihe von Sozialdemokraten im hohen und auch im höchsten Amt der Eidgenossenschaft sehen, darunter den sozialdemokratischen Bundesrat und Vorsteher des Eidgenössischen Finanz- und Zolldepartements, Ernst Nobs, als Präsidenten des Bundesrats.

1886 in Seedorf bei Larberg, im Kanton Bern, in einfachen Verhältnissen geboren und aufgewachsen, kam schon der Junglehrer einer kleinen Gemeinde in Berührung mit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Diese stand damals noch in den Anfängen ihrer Entwicklung und nichts ließ um die Jahrhundertwende darauf schließen, daß die Partei des arbeitenden Volkes der Schweiz einmal staatsfähig und mitregierend im Bundesstaate werden könnte, zuerst an innerschweizer Parteizeitungen als Redakteur des Zürcher Parteiblattes "Volksrecht", dessen Chefredakteur er schließlich wurde. 1918, im Generalstreikjahr der schweizerischen Arbeiterbewegung, geriet der unbeugsame Streikführer in schärfsten Konflikt mit der kantonalen und eidgenössischen Staatsgewalt. Für lange noch trugen Bürgertum und Exekutive dem sozialistischen Politiker diese Stellungnahme und dieses radikale Eintreten für die materiellen und politischen Rechte der Arbeitenden nach. Das Zürcher Volk aber wählte den Streikführer 1919 in den Nationalrat, 1935 wurde Nobs Mitglied des Zürcher Regierungsrates. Nachdem er 1942 Stadtpräsident von Zürich geworden war, wählte ihn am 15. Dezember 1943 das Bundesparlament zum ersten sozialdemokratischen Bundesrat der Schweiz. Außer Ernst Nobs sind zwei weitere Sozialdemokraten in hohe verantwortliche Stellen der schweizerischen Demokratie gewählt worden: der Regierungsrat des Stadtkantons Basel und Departementvorsteher des Innern, Gustav Wank, zum Präsidenten des Ständerats, und der Solothurnische Finanzdirektor Jacques Schmid zum Vizepräsidenten des Nationalrates.